

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 21

Ausgegeben am 20. August 1920

38. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Genf und der Ententeimperialismus

Von Heinrich Cunow

Die Internationale Genfer Sozialistenkonferenz hat in der deutschen Presse nicht jene aufmerksame, sich in Stimmungsbildungen, Leitartikeln und mehr oder minder kritischen Glossen äußernde Beachtung gefunden wie die Kongresse der Arbeiterinternationale vor dem Kriege. Die Parteiblätter haben zwar pflichtschuldigst ausführliche Verhandlungsberichte gebracht, und auch ein Teil der großen bürgerlichen Blätter hat es für seine publizistische Pflicht gehalten, über die Genfer Tagung Bericht zu erstatten; aber es hieße sich selbst täuschen, wenn man daraus folgern wollte, in den politischen Kreisen des Bürgertums oder auch nur der sozialistischen Arbeiterschaft wäre man mit Spannung den in Genf abgehaltenen Sitzungen gefolgt und hätte sie als entscheidend für die Richtung betrachtet, die in der nächsten Zeit die politische Entwicklung in Europa nehmen wird. Der Ton macht die Musik — und die aus Genf herüberhallenden Töne oder, besser gesagt, Geräusche ließen selbst den, der die einzelnen heutigen Strömungen und Unterströmungen in der sogenannten Zweiten Internationale nicht kennt, deutlich herausfühlen, daß verschiedene der dort gespielten Instrumente wenig zusammenstimmten und andere, die während des Krieges Sprünge erlitten haben, nur notdürftig gestickt worden sind. Überdies weiß man, daß das Orchester der Zweiten Internationale nicht mehr als Vollerchester gelten kann, da eine Reihe sozialistischer Parteigruppen sich von dem alten Stamm getrennt und zu neuen »Internationalen« zusammengeschlossen hat, in denen einzelne Instrumente entschieden stärker vertreten sind.

Sicherlich hat das am Horizont im Osten aufsteigende Gewitter, welches das noch unter den Wirkungen des letzten Riesenkampfes schwer seufzende Europa mit neuen furchtbaren Machtkämpfen bedroht — anderthalb Jahre nach dem Zusammenbruch eines Völkerkriegs, von dem wohlmeinende Ideologen behaupten, daß er der letzte sein werde —, den Blick von Genf abgezogen und auf das russisch-polnische Ringen gelenkt. Hier können für die künftige Entwicklungsgeschichte Europas tatsächlich höchst wichtige Entscheidungen fallen; hier bietet sich auch die Möglichkeit neuer politischer Schicksalsgestaltungen, die Schaffung neuer politischer und wirtschaftlicher Lebensformen, während dort in Genf vorläufig nur alte Risse durch konventionelle Formeln überbrückt und schöne Ausgleichsresolutionen konstruiert wurden.

Schon der Auftakt, mit dem die Tagung in Genf begann, zeigte, wie wenig ein wesentlicher Teil der Delegierten die schwüle Lage und die zur Abwendung neuer Kriegsgefahren zu treffenden Gegenmaßnahmen erkannt hatten. Anstatt daß nach Eröffnung der Konferenz alsbald die gegenwärtige Lage im Osten in Betracht gezogen, die fortgesetzten brutalen Übergriffe des

Ententeimperialismus angenagelt und gegen den Frieden von Versailles und Saint-Germain als der Ursache der jetzigen Wirren in Ost- und Mitteleuropa der schärfste Protest erhoben wurde, setzte sich ein Teil der fremden Delegierten zusammen, um erneut die sogenannte Frage der Kriegsschuld — nicht der Schuld an dem drohenden Ausbruch eines neuen Weltkriegs, sondern der Schuld an dem Kriegsausbruch im Jahre 1914 — aufzuwerfen und in Abwesenheit der deutschen Kongreßdelegierten eine gegen die deutsche Sozialdemokratie gerichtete Kriegsschuldresolution zu fabrizieren: eine Resolution, die jedes historischen Verständnisses, jeder Betrachtung der politischen Einzelvorgänge im Rahmen des geschichtlich bedingten Gesamtentwicklungsverlaufs ermangelt.

Und wer waren die Veranlasser dieser Resolutionsfabrikation? Eine Anzahl französischer Halbsozialisten wie Aubriot, Brunet, Rozier, die rechtmäßig gar nicht auf den Genfer Kongreß gehörten — Geistesverwandte von Gustav Hervé, die in der »France Libre« ihr Sprachorgan erblicken und um jeden Preis eine politische Rolle spielen möchten. Deshalb von der französischen sozialistischen Partei ausgestoßen, haben sie sich im Wahlkampf gegen ihre früheren Genossen von bürgerlichen Parteigruppen auf deren Listen setzen und, unterstützt durch deren Geldmittel, ins Parlament wählen lassen. Und diese strebsamen Geschäftspolitiker, denen wir vielleicht bald schon auf den Bahnen Millerands begegnen dürften — Auchsozialisten —, die weder sozialistische Wählermassen hinter sich haben noch auf irgendwelche hervorragende Leistungen hinweisen können, ließ man nicht nur als Vertreter der französischen sozialistischen Arbeiterschaft auf der Genfer Konferenz zu, sondern gestattete ihnen auch, Schulddebatten zu arrangieren und Schuldresolutionen auszuklügeln.

Nach meiner Ansicht war es ein entschiedener Fehler der deutschen Delegierten auf der Genfer Tagung, daß sie, als die Frage zur Verhandlung stand, ob dieses Häuflein der französischen »Dissidenten« als französische Vertretung zugelassen werden solle, sich aus Höflichkeit und der Befürchtung, für parteiisch voreingenommen gehalten zu werden, der Stimme enthalten haben. Höflichkeit und Bescheidenheit ist recht schön, und sicher kann im politischen Leben oft kühle Zurückhaltung angebrachter sein als Draufgängertum; in diesem Fall aber war sie schlecht angebracht. Der Zusammenhang des internationalen Proletariats wird durch solche Nachsicht sicherlich nicht gefördert. Wenn sich unsere Delegierten der Abstimmung aus der Erwägung heraus enthalten haben sollten, daß ihre Stimmenabgabe gegen die Anwesenheit der Aubriot, Rozier und Gefährten die französische Arbeiterschaft verschlupfen könnte, so haben sie sich meiner Ansicht nach gründlich verkalkuliert. Die mit der Moskauer Internationale sympathisierenden französischen Arbeiter werden vielmehr sagen: »Nun nimmt die alte Internationale auch noch, um eine französische Vertretung zu haben, jene zweifelhaften Elemente auf, die wir als unsozialistisch ausgeschieden haben, und die deutsche Sozialdemokratie läßt sich herbei, sie als Vertreter des französischen Sozialismus zu akzeptieren, obgleich die Herren gegen die Deutschen die ärgste chauvinistische Heße getrieben und gern das Versailler Friedensdiktat noch um einige Nuancen verschärft hätten.«

Daß durch diese — — — sagen wir Selbstauschaltung die deutsche Sozialdemokratie in der Achtung der französischen Sozialisten steigen wird, ist

sicherlich nicht anzunehmen. Stellen wir uns vor, wir hätten einige Genossen wegen politischer und anderer uns nicht zulässig scheinender Handlungen aus der Partei ausgeschlossen, und diese Exgenossen ließen sich dann im Wahlkampf gegen unsere Kandidaten von bürgerlichen Gegnern wählen — würden wir es dann etwa als eine Freundschaftsbezeugung auffassen, wenn darauf sozialistische Parteigruppen des Auslandes diese Ausgeschlossenen als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie anerkennen und als solche auf ihren Parteikongressen zulassen würden? Ich glaube kaum, daß wir darin einen Akt freundschaftlicher Rücksichtnahme sehen würden, und die Franzosen sind in solchen Dingen weit empfindlicher. Gerade wenn unsere Delegierten der Ansicht waren, daß die heute der Moskauer Internationale anhängende sozialistische Partei Frankreichs wieder der Zweifeln Internationale als wichtiges Glied eingereiht werden muß, hätten sie sich energisch gegen die Zulassung der »Dissidenten« wenden müssen. Die sozialistische Arbeiterschaft Frankreichs kann billigerweise eine gewisse Respektierung ihrer inneren Parteientscheidungen verlangen, wie wir uns freilich andererseits auch verbitten sollten, daß uns sozialistische Auslandsparteien Zumutungen stellen, die sie sich selbst in keinem Falle bieten ließen.

Hinterher hat man zwar bekanntlich auf den Protest aus Deutschland heraus die zuerst fabrizierte Schuldresolution fallen lassen und sie durch eine abgeschwächte ersetzt; aber selbst in der neuen Fassung stellt sich diese Resolution als ein pharisäerhaftes Anstinnen an die deutsche Delegation dar — and zugleich als Beweisstück dafür, wieviel Zeit man in Genf angesichts der Zusammenballung der drohenden Kriegswolken im Osten für die Erörterung von allerlei Kriegsreminiszenzen, für Gefühlsbeschwichtigungen und Gesinnungsinterpretationen gefunden hat. Zwar hat der Genfer Kongreß auch gegen den Versailler Friedensvertrag und die Intervention Englands und Frankreichs in Rußland protestiert, aber in einer so kompromißlichen, jedes energische Eingreifen in den heißen Brei sorgfältig vermeidenden Weise, daß jeder Unvoreingenommene sofort den Eindruck erhält, man habe wohl in Genf die Notwendigkeit empfunden, gegen den Ententeimperialismus Stellung zu nehmen; andererseits aber aus Rücksicht auf die verschiedenen Parteistellungen und die nationalistische Strömung in der eigenen Anhängerschaft ein Eingehen auf die Ungeheuerlichkeiten des Friedensdikтата und die sich aus diesem für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas notwendig ergebenden Folgen zu vermeiden gesucht. Jedenfalls hätte mit aller Schärfe auf die Notwendigkeit einer gründlichen Revision der Friedensverträge als erste Grundbedingung des Wiederaufbaus Europas hingewiesen werden müssen — gerade im Interesse der Gesamtarbeiterschaft des europäischen Kontinents. Besonders hätte hervorgehoben werden müssen, daß die Deutschland und Osterreich aufgezwungene unerfüllbare Last entweder zum völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch Mitteleuropas führen oder die deutsche und österreichische Arbeiterschaft unvermeidlich in eine unerträgliche Arbeitsfron schmiegen muß, daß die wirtschaftliche Auslieferung Deutschlands an den Ententekapitalismus nichts anderes bedeutet als die Übertragung der Klassenschichtung auf das Verhältnis der betreffenden Nationen zueinander, und daß ferner der fortschreitende Ausverkauf Mitteleuropas nicht nur das größte Hindernis einer weiteren So-

zialisierung des Wirtschaftsgetriebes bildet, sondern auch — da unerträglich Druck notwendig Gegendruck erzeugt — die Wiederherstellung des alten politischen Regimes begünstigt.

Doch davon findet sich in der in Genf »einstimmig« angenommenen Protestresolution kein Wort. Bescheiden beschränkt sie sich darauf, festzustellen — was jeder weiß —, daß noch immer trotz der Beendigung des Krieges schlechte, unsichere Zustände in Europa herrschen, der Versailler Friedensvertrag Bestimmungen enthält, die einen »einseitigen Charakter« haben (recht milde ausgedrückt) und der Imperialismus noch nicht tot ist.

Wörtlich heißt es nach den Berichten der Presse in der Protestresolution:

Der Internationale Sozialistenkongreß stellt fest, daß der Krieg, der Europa dem wirtschaftlichen Untergang zugeführt hat, mit einem Frieden beendet worden ist, der die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit beläßt.

Im Namen der nach Frieden und Neuorganisation des desorganisierten politischen und wirtschaftlichen Lebens verlangenden Menschheit protestiert der Kongreß gegen jene Bestimmungen des Versailler Vertrags und der Verträge, die ihm gefolgt sind, deren einseitiger Charakter für die Aufrichtung eines dauernden endgültigen Friedens ein Hindernis bildet. Der Geist des Imperialismus, der die Vorbereitung des Krieges beherrschte und die Verfasser der Friedensverträge erfüllte, fährt fort, einen verhängnisvollen Einfluß auszuüben. Er legt in einer Zeit, wo sozialer Wiederaufbau und Tilgung der Kriegsschuld die schwersten Anforderungen stellen, den Völkern immer neue Lasten auf.

Das mag im ganzen richtig sein, ist aber sicherlich nichts Neues und in der Form äußerst matt — schwach-säuerliche Limonade. Sicherlich, der Imperialismus »fährt fort, einen verhängnisvollen Einfluß auszuüben«. Es gibt sogar Leute, die da meinen, daß der englische und französische Imperialismus eine enorme Verstärkung erfahren hat, daß er überall brutale Anexionen vorgenommen und neue Staaten gegründet hat, die gar nicht lebensfähig sind und deren Aufrechterhaltung in ihren heutigen Abgrenzungen notwendigerweise immer wieder zu neuen blutigen Kämpfen führen muß.

Auch die heutigen Wirren im Osten sind doch tatsächlich nichts anderes als ein Werk des die französische und englische Regierung beherrschenden Imperialismus. Zunächst hat man aus Haß gegen Deutschland und in dem Bestreben, Deutschland durch Staaten einzukreisen, die auf Frankreichs Unterstützung angewiesen sind, vor allem aber, an der Ostgrenze Deutschlands einen Staat zu errichten, der Deutschland bei etwaigen späteren Auflehnungen gegen Frankreichs Diktatur stets in der Flanke zu fassen vermag, ein unmögliches Polen geschaffen, das in bunter Zusammenfassung Polen, Deutsche, Weißrussen, Ruthenen, Litauer, Letten usw. umfaßt und neben nationalen Gegensätzen die größten wirtschaftlichen Interessengegensätze enthält. Und nachdem dieses existenzunfähige Staatsgebilde hergestellt war, hat man den polnischen Nationaldünkel unter Zusage militärischer Unterstützung zu weiterer Ausdehnung der Landesgrenzen aufgepeitscht, teils um die Gefährlichkeit des Deutschland im Nacken sitzenden polnischen Reiches zu stärken, die bolschewistische Herrschaft zu brechen und den deutschen Wirtschaftsmarkt möglichst vom russischen zu trennen, teils um aus Rußland Entschädigungen für die einst von französischen Kapitalisten dem alten Zarenstaat geliehenen Kapitalien her-

auszupressen. Doch es kam anders, wie die französisch-englische Allianz erwartet hatte. Die polnischen Truppen wurden von den russischen roten Armeen geschlagen, und trotz der militärischen Unterstützung Frankreichs drangen die russischen Sieger unaufhaltbar in Polen vor. Nun brechen die französischen Pläne zusammen. Indes so leicht gibt der Ententeimperialismus sein Spiel nicht auf. Die in seinem Dienste stehende große Presse, voran in schöner Seelengemeinschaft »Lemps« und »Times«, eröffnen einen journalistischen Lügenfeldzug, der seinesgleichen sucht. Rußland wird als Störenfried hingestellt, der, von bolschewistischem Imperialismus getrieben, gewaltsam in den sich lediglich gegen den eroberungssüchtigen Moskauer Bolschewismus verteidigenden friedlichen polnischen Kulturstaat eindringt; zugleich aber wird Deutschland, als es Respektierung seiner Neutralität fordert, der heimlichen Konspiration mit Lenin, Trotzky und Radek verdächtigt und Ungarns erzreaktionäre Regierung zum Kampf gegen Rußland aufgeftachelt.

Aber diese ganzen Treibereien des französischen und englischen Siegesimperialismus schweigt jedoch die Genfer Profestresolution. Sie wendet sich lediglich in wohlabgewogenen Worten gegen den Militarismus und führt den Kriegszustand im Osten nur auf die Angst vor der russischen Revolution zurück, die in den an das russische Gebiet grenzenden Staaten immer wieder den Krieg aufleben läßt. So heißt es zum Beispiel in der Resolution: »Das bringt mit sich, daß die russischen Randstaaten immer wieder in neue militärische Aktionen hineingeführt werden. Gegen diese offene oder verdeckte Intervention fremder Regierungen in Rußland erhebt der Kongreß energisch Protest. Der Zustand, der durch diese Wühlarbeit des Imperialismus geschaffen wird, droht die Politik des sozialistischen Proletariats gegen den Militarismus um ihre Früchte zu bringen.«

Darauf wird, da die russische, deutsche und österreichische Monarchie beseitigt und damit glücklich die »verderblichsten Kriegsverursacher« verschwunden sind, der Beginn einer neuen Friedensära in Europa angekündigt und die Arbeiterschaft aufgefordert, sich an die Spitze der Friedensbestrebungen zu stellen:

Die Aufrichtung der Demokratie in den vor dem Kriege der Autokratie und dem persönlichen Regiment unterworfenen Ländern gibt der Welt eine neue Friedenshoffnung, die der Kongreß mit Freuden begrüßt. Aber diese Hoffnung würde getäuscht werden, wenn das Proletariat nicht seine unermüdlchen Anstrengungen fortsetzen würde, um seine Rechte auf Kontrolle der auswärtigen Politik sicherzustellen und seine Friedensaktionen je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen jedes Landes zu verstärken. Darum fordert der Kongreß das Proletariat auf, sich seiner geschichtlichen Aufgabe in dem gegenwärtigen Augenblick bewußt zu sein. Diese Aufgabe besteht darin, sich an die Spitze aller auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung zu stellen, um gegen Imperialismus und Militarismus den Kampf entschiedener und rücksichtsloser als je zuvor aufzunehmen mit allen verfügbaren politischen und gewerkschaftlichen Mitteln.

Hoffentlich zeigt sich das Proletariat, an das in diesen Sätzen appelliert wird, in der Beurteilung der Kriegslage im Osten und des von französischen und englischen Regierungen getriebenen frivolen Spiels etwas weisichtiger und energischer als der Genfer Kongreß. Besonders fällt der englischen Arbeiterschaft die Aufgabe zu, jeder Erweiterung des russisch-polnischen Kampfes

zu einem neuen blutigen, Europa verheerenden Völkerring mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Nicht nur muß — unter Umständen durch Proklamierung des Generallstreiks — jede englische Truppenfendung nach den Kampfplätzen verhindert, sondern auch jede Munitionszufuhr auf Umwegen, jede maritime Expedition nach Danzig, den Nachbarkstaaten Rußlands oder der Krim verhindert werden. Noch kann durch energisches Vorgehen der Arbeiterschaft Deutschlands, Englands und Frankreichs nachgeholt werden, was der Genfer Kongreß versäumt hat. Der vor einigen Tagen veröffentlichte gemeinschaftliche Ausruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie das von acht Mitgliedern des englischen Unterhauses und verschiedenen Gewerkschaftsführern unterzeichnete Manifest, das die englische Arbeiterschaft auffordert, jede Hilfeleistung für Polen zu verweigern, sowie auch die Ablehnung der Herstellung von Kriegsmaterial durch die Holzarbeiter von Manchester, sind ein guter Anfang.

Die Ergebnisse der Genfer Tagung haben denn auch in der deutschen Sozialdemokratie nur wenige Bescheidene befriedigt. Erfreulich ist es jedenfalls, daß endlich ein Teil unserer Parteipresse mit dem vielleicht vom Standpunkt der internationalen Courtoisie recht schönen, aber der politischen Erkenntnis und Aktivität wenig förderlichen Brauch gebrochen hat, jeden internationalen Kongreß als einen »Markstein«, eine »Welt- oder »Zeitenwende«, den »Beginn einer neuen Ära« oder dergleichen zu feiern. Teilweise findet man in unserer Parteipresse sogar recht scharfe Urteile über den Genfer Kongreß. So schreibt beispielsweise die »Dresdener Volkszeitung« in ihrer Nummer vom 7. August:

Dagegen hätten wir gewünscht, daß man sich in Genf über die praktischen Möglichkeiten einer internationalen Aktion zum Zweck der Herbeiführung des Friedens verständigt hätte. Die bloße Ankündigung der Aktion, wie sie von Bernsteins Rede angeregt wurde, ist zunächst nur der erste erfreuliche Schritt dazu, aber man darf wohl hoffen, daß in den Ausschüssen die Beratung darüber weitergediehen ist. Es ist menschlich schön, wenn die englischen Delegierten in ihrer (vom Kongreß einstimmig angenommenen) Resolution eine internationale Hilfsaktion für die hungerrnden Länder fordern, aber das politisch Dringendste ist gegenwärtig, durch die Internationale namentlich den Machthabern der westlichen Länder entschiedener, als eine Resolution vermag, klarzumachen, daß die Arbeiterschaft der kriegerischen Länder sich einer Fortsetzung des verbrecherischen Kriegsspiels mit dem Generallstreik widersetzen wird.

Durchaus richtig — wenn auch formell reichlich milde ausgedrückt. Auch die internationalen Parteitage unterstehen der Kritik.

Von Kiel bis Kapp

Noskes Revolutionserinnerungen

Von Bernhard Rausch

Noch in Stuttgart hatte die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung wie so oft vorher Noske ihr Vertrauen ausgesprochen. In Berlin aber mußte er dem gegen ihn losbrechenden Unwillen weichen. Schlicht und pflichtbewußt, wie er das schwerste Amt der Republik ver-